

Bundesgesetzblatt ¹

Teil II

G 1998

1999

Ausgegeben zu Bonn am 15. Januar 1999

Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
9. 11. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung (Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung) zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können	2
3. 12. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen von 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof	7
3. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	7
3. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls Nr. 6 zu der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe	8
3. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden	8
3. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	9
3. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	10
3. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)	10
4. 12. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-rumänischen Investitionsförderungsvertrags und über das Außerkrafttreten der Vorgängerübereinkunft	11
7. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	11
7. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)	12
7. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	12
7. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren	13
9. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums	13
9. 12. 98	Bekanntmachung zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	14
9. 12. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-polnischen Abkommens über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen	15
11. 12. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens betreffend Auskünfte über ausländisches Recht	15

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts sind für die Abonnenten die Titelblätter für die Bände 1 und 2, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 1998 des Bundesgesetzblatts Teil II beigelegt.

Norwegen
Peru
Philippinen
Schweden
Schweiz
Spanien
Ungarn.

III.

Das Protokoll wird ferner nach seinem Artikel 2 sowie nach Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für folgende Staaten in Kraft treten:

Österreich	am 27. Januar 1999
Südafrika	am 26. Dezember 1998
Tschechische Republik	am 10. Februar 1999.

IV.

Folgende Staaten haben bei ihrer Notifizierung, durch das Protokoll gebunden zu sein, ebenfalls Erklärungen abgegeben:

Finnland am 3. April 1998:

(Übersetzung)

“It is the understanding of the Government of Finland that those provisions of the Protocol II as Amended which by their contents or nature may also be applied in peacetime, shall be observed at all times, and that the word ‘primarily’ is included in article 2, paragraph 3 of the Protocol to clarify that mines designed to be detonated by the presence, proximity or contact of a vehicle as opposed to a person, that are equipped with anti-handling devices, are not considered anti-personnel mines as a result of being so equipped.”

„Nach dem Verständnis der Regierung von Finnland sind die Bestimmungen des Protokolls II in der geänderten Fassung, die nach Art und Inhalt auch in Friedenszeiten Anwendung finden können, jederzeit einzuhalten und wurden die Worte ‚in erster Linie‘ in Artikel 2 Nummer 3 des Protokolls aufgenommen, um klarzustellen, daß Minen, die dazu bestimmt sind, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung eines Fahrzeugs – und nicht einer Person – zur Detonation gebracht zu werden, und die mit Aufhebesperren ausgestattet sind, wegen dieser Ausstattung nicht als Antipersonenminen betrachtet werden.“

Irland am 27. März 1997:

(Übersetzung)

“Article 1
It is the understanding of Ireland that the provisions of the amended Protocol which by their contents or nature may be applied also in peacetime, shall be observed at all times.

Article 2 (3)
It is the understanding of Ireland that the word ‘primarily’ is included in article 2, paragraph 3 of the amended Protocol to clarify that mines designed to be detonated by the presence, proximity or contact of a vehicle as opposed to a person, that are equipped with anti-handling devices, are not considered anti-personnel mines as a result of being so equipped.”

„Artikel 1
Nach dem Verständnis Irlands sind die Bestimmungen des geänderten Protokolls, die nach Art und Inhalt auch in Friedenszeiten Anwendung finden können, jederzeit einzuhalten.

Artikel 2 Nummer 3
Nach dem Verständnis Irlands wurden die Worte ‚in erster Linie‘ in Artikel 2 Nummer 3 des geänderten Protokolls aufgenommen, um klarzustellen, daß Minen, die dazu bestimmt sind, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung eines Fahrzeugs – und nicht einer Person – zur Detonation gebracht zu werden, und die mit Aufhebesperren ausgestattet sind, wegen dieser Ausstattung nicht als Antipersonenminen betrachtet werden.“

Kanada am 26. Juni 1998:

(Übersetzung)

“Canada reserves the right to transfer and use a small number of mines prohibited under this Protocol to be used exclusively for training and testing purposes. Canada

„Kanada behält sich das Recht vor, eine geringe Anzahl der nach dem genannten Protokoll verbotenen Minen ausschließlich zu Ausbildungs- und Erprobungszwecken

will ensure that the number of such mines shall not exceed that absolutely necessary for such purposes.

1. It is understood that the provisions of Amended Protocol II shall, as the context requires, be observed at all times.

2. It is understood that the word 'primarily' is included in Article 2, paragraph 3 of Amended Protocol II to clarify that mines designed to be detonated by the presence, proximity or contact of a vehicle as opposed to a person, that are equipped with anti-handling devices, are not considered anti-personnel mines as a result of being so equipped.

3. It is understood that the maintenance of a minefield referred to in Article 10, in accordance with the standards on marking, monitoring and protection by fencing or other means set out in Amended Protocol II, would not be considered as a use of the mines contained therein."

weiterzugeben und einzusetzen. Kanada wird sicherstellen, daß die Anzahl solcher Minen die für solche Zwecke unbedingt erforderliche Anzahl nicht übersteigt.

1. Es wird davon ausgegangen, daß die Bestimmungen des geänderten Protokolls II, wie es der Zusammenhang erfordert, jederzeit einzuhalten sind.

2. Es wird davon ausgegangen, daß die Worte ‚in erster Linie‘ in Artikel 2 Nummer 3 des geänderten Protokolls II aufgenommen wurden, um klarzustellen, daß Minen, die dazu bestimmt sind, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung eines Fahrzeugs – und nicht einer Person – zur Detonation gebracht zu werden, und die mit Aufhebersperren ausgestattet sind, wegen dieser Ausstattung nicht als Antipersonenminen betrachtet werden.

3. Es wird davon ausgegangen, daß die in Artikel 10 bezeichnete Unterhaltung eines Minenfelds, die in Übereinstimmung mit den Normen für die Kennzeichnung, Überwachung und Sicherung durch Einzäunung oder andere im geänderten Protokoll II bezeichnete Mittel erfolgt, nicht als Einsatz der in diesem Gebiet verlegten Minen betrachtet wird."

Liechtenstein am 19. November 1997:

(Übersetzung)

"It is the understanding of the Principality of Liechtenstein that the provisions of the amended Protocol II which by their contents or nature may also be applied in peacetime, shall be observed at all times."

„Nach dem Verständnis des Fürstentums Liechtenstein sind die Bestimmungen des geänderten Protokolls II, die nach Art und Inhalt auch in Friedenszeiten Anwendung finden können, jederzeit einzuhalten.“

Österreich am 27. Juli 1998:

(Übersetzung)

"In respect of Article 1

It is the understanding of Austria that the provisions of the amended Protocol which by their contents or nature may be applied also in peacetime, shall be observed at all times.

In respect of Article 2 (3)

It is the understanding of Austria that the word 'primarily' is included in Article 2, paragraph 3 of the amended Protocol to clarify that mines designed to be detonated by the presence, proximity or contact of a vehicle as opposed to a person, that are equipped with anti-handling devices, are not considered anti-personnel mines as a result of being so equipped."

„Zu Artikel 1

Nach dem Verständnis Österreichs sind die Bestimmungen des geänderten Protokolls, die nach Art und Inhalt auch in Friedenszeiten Anwendung finden können, jederzeit einzuhalten.

Zu Artikel 2 Nummer 3

Nach dem Verständnis Österreichs wurden die Worte ‚in erster Linie‘ in Artikel 2 Nummer 3 des geänderten Protokolls aufgenommen, um klarzustellen, daß Minen, die dazu bestimmt sind, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung eines Fahrzeugs – und nicht einer Person – zur Detonation gebracht zu werden, und die mit Aufhebersperren ausgestattet sind, wegen dieser Ausstattung nicht als Antipersonenminen betrachtet werden.“

Schweiz am 24. März 1998:

(Übersetzung)

«Déclaration interprétative relative à l'article 2, paragraphe 3:

La Suisse interprète la définition de la mine antipersonnel comme excluant toute mine conçue pour exploser du fait de la présence, de la proximité ou du contact d'un véhi-

„Auslegungserklärung zu Artikel 2 Nummer 3:

Die Schweiz legt die Bestimmung des Begriffs ‚Antipersonenmine‘ so aus, daß sie Minen, die dazu bestimmt sind, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung eines

cule, lorsqu'elle est équipée d'un dispositif antimanipulation.»

Fahrzeugs zur Detonation gebracht zu werden, ausschließt, wenn sie mit Aufhebesperren ausgestattet sind.“

Südafrika am 26. Juni 1998:

(Übersetzung)

“It is (...) the understanding of the Government of the Republic of South Africa that Article 1, Article 2 (3) and Article 5 (2) (b) of Protocol II as amended on 3 May 1996, are interpreted as follows:

Article 1

It is understood that the provisions of the Protocol shall, as the context requires, be observed at all times.

Article 2 (3)

It is understood that the word 'primarily' is included in Article 2 (3) to clarify that mines designed to be detonated by the presence, proximity or contact of a vehicle as opposed to a person, that are equipped with anti-handling devices, are not considered anti-personnel mines as a result of being so equipped.

Article 5 (2) (b)

It is understood that Article 5 (2) (b) does not preclude agreement among the States concerned, in connection with peace treaties or similar arrangements, to allocate responsibilities under this paragraph in another manner which nevertheless respects the essential spirit and purpose of the Article.”

„Nach dem (...) Verständnis der Regierung der Republik Südafrika werden Artikel 1, Artikel 2 Nummer 3 und Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b des Protokolls II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung wie folgt ausgelegt:

Artikel 1

Es wird davon ausgegangen, daß die Bestimmungen des Protokolls, wie es der Zusammenhang erfordert, jederzeit einzuhalten sind.

Artikel 2 Nummer 3

Es wird davon ausgegangen, daß die Worte ‚in erster Linie‘ in Artikel 2 Nummer 3 aufgenommen wurden, um klarzustellen, daß Minen, die dazu bestimmt sind, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung eines Fahrzeugs – und nicht einer Person – zur Detonation gebracht zu werden, und die mit Aufhebesperren ausgestattet sind, wegen dieser Ausstattung nicht als Antipersonenminen betrachtet werden.

Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b

Es wird davon ausgegangen, daß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b nicht ausschließt, daß Staaten im Zusammenhang mit Friedensverträgen oder ähnlichen Vereinbarungen eine Einigung treffen, durch welche die Verantwortlichkeiten nach jenem Buchstaben in einer anderen Weise zugewiesen werden, die gleichwohl den wesentlichen Geist und Zweck des Artikels achtet.“

Ungarn am 30. Januar 1998:

(Übersetzung)

“The Republic of Hungary

1) declines to observe the 9 year period of deferral on compliance as allowed for in Paragraphs 2 (c) and 3 (c) of the Technical Annex to Amended Protocol II, and even prior to the entry into force of Amended Protocol II intends to be bound by its implementation measures as stipulated therein as well as the rules of procedure regarding record keeping, detectability, self-destruction and self-deactivation and perimeter marking as stipulated in the Technical Annex;

2) intends to eliminate and eventually destroy its entire stockpile of anti-personnel landmines by December 31, 2000 the latest, in addition to the already undertaken destruction of stockpiled landmines, as initiated in August of 1996 and completed in 40 %;

3) refrains from the emplacement of anti-personnel landmines and, for the duration of their complete destruction, intends to designate a central storage facility to pool

„Die Republik Ungarn

1) lehnt es ab, die Frist von neun Jahren für den Aufschub der Einhaltung, wie sie in Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe c des Technischen Anhangs zu dem geänderten Protokoll II vorgesehen ist, einzuhalten, und beabsichtigt, sich bereits vor dem Inkrafttreten des geänderten Protokolls II durch die darin festgelegten Durchführungsmaßnahmen sowie die Verfahrensregeln bezüglich der Aufzeichnung, Aufspürbarkeit, Selbstzerstörung, Selbstdeaktivierung und Rundummarkierung, wie sie im Technischen Anhang festgelegt sind, als gebunden zu betrachten;

2) beabsichtigt, zusätzlich zu der bereits aufgenommenen Vernichtung gelagerter Landminen, die im August 1996 eingeleitet und zu 40 % umgesetzt wurde, bis spätestens zum 31. Dezember 2000 ihr gesamtes Lager an Antipersonenminen zu beseitigen und schließlich zu vernichten;

3) unterläßt die Verlegung von Antipersonenminen und beabsichtigt, bis zu deren vollständiger Vernichtung eine zentrale Lagermöglichkeit für die verbleibenden

the remainder stock of anti-personnel landmines as a way to facilitate inspection by international monitors;

4) announces a total ban on the development, production, acquisition, export and transfer of all types of anti-personnel landmines;

5) refrains from the operational use of anti-personnel landmines, unless a policy-revision becomes necessitated by a significant deterioration in the national security environment of the country, in which case due attention shall be paid to compliance with laws governing international warfare;

6) stands ready to engage in implementing appropriate confidence building measures, as a way to be enabled to present the implementation of the measures announced unilaterally by the Republic of Hungary in the course of joint military, educational, and training and other cooperational activities conducted with other armed forces;

7) offers appropriate technical and training assistance to international organizations engaged in de-mining activities;

8) urges her neighbours and other countries in the region to seek unilateral or coordinated measures designed to achieve the total elimination of all types of anti-personnel landmines from the weapons arsenal of the countries in the region, and expresses her readiness to engage in further negotiations to advance this cause;

9) reiterates her commitment to promote the early conclusion of and wide adherence to an international convention stipulating a total and comprehensive ban on anti-personnel landmines, by reaffirming her determination to contribute actively to the success of international efforts furthering this goal."

Bestände an Antipersonenminen einzurichten, um die Inspektion durch internationale Beobachter zu erleichtern;

4) kündigt ein vollständiges Verbot der Entwicklung, der Herstellung, des Erwerbs, der Ausfuhr und Weitergabe aller Arten von Antipersonenminen an;

5) unterläßt den operativen Einsatz von Antipersonenminen, sofern nicht eine wesentliche Verschlechterung im innerstaatlichen Sicherheitsumfeld des Landes eine Überprüfung dieser Politik erforderlich macht; in einem solchen Falle wird der Beachtung der Gesetze über die internationale Kriegführung angemessene Rechnung getragen;

6) ist bereit, mit der Durchführung angemessener vertrauensbildender Maßnahmen zu beginnen, um die Durchführung der von der Republik Ungarn einseitig angekündigten Maßnahmen im Zuge gemeinsamer militärischer, bildungs- und ausbildungsbezogener und anderer Tätigkeiten, die gemeinsam mit anderen Streitkräften durchgeführt werden, vorweisen zu können;

7) bietet den mit Minenräumtätigkeiten befaßten Organisationen geeignete technische Hilfe und Hilfe bei der Ausbildung an;

8) ruft ihre Nachbarn und andere Länder in der Region eindringlich dazu auf, einseitige oder gemeinschaftliche Maßnahmen zu treffen, die auf die vollständige Beseitigung aller Arten von Antipersonenminen in den Waffenarsenalen der Länder der Region abzielen, und erklärt sich bereit, weitere Verhandlungen aufzunehmen, um dieses Ziel zu erreichen;

9) bekräftigt ihr Engagement, den baldigen Abschluß eines internationalen Übereinkommens über ein vollständiges und umfassendes Verbot von Antipersonenminen sowie den Beitritt möglichst vieler Staaten zu diesem Übereinkommen zu fördern und bekräftigt erneut ihre Entschlossenheit, aktiv zum Erfolg der internationalen Bemühungen zur Erreichung dieses Zieles beizutragen."

Bonn, den 9. November 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland
und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen von 1980
über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie
zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die
Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof**

Vom 3. Dezember 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. Juli 1998 zu dem Übereinkommen vom 29. November 1996 über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen von 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof (BGBl. 1998 II S. 1421) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1999
in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunde ist am 8. Oktober 1998 beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner nach seinem Artikel 6 Abs. 1 für

Niederlande am 1. Oktober 1998

Schweden am 1. Oktober 1998

sowie nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Österreich am 1. Dezember 1998

in Kraft getreten.

Bonn, den 3. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**

Vom 3. Dezember 1998

Deutschland hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 31. August 1998 die Rücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalts zu dem Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121; 1987 II S. 389) notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Oktober 1998 (BGBl. II S. 2949).

Bonn, den 3. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls Nr. 6 zu der Konvention
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
über die Abschaffung der Todesstrafe**

Vom 3. Dezember 1998

Das Protokoll Nr. 6 vom 28. April 1983 zu der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 1988 II S. 662) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für

Griechenland am 1. Oktober 1998
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Mai 1998 (BGBl. II S. 1175).

Bonn, den 3. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1976
zum Internationalen Übereinkommen von 1969
über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 3. Dezember 1998

Das Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1980 II S. 721, 724) ist von dem Vereinigten Königreich mit Wirkung vom 15. Mai 1998 für folgende Gebiete gekündigt worden:

Akrotiri und Dhekelia
Anguilla
Bermuda
Britische Jungferninseln
Britisches Territorium im Indischen Ozean
Gibraltar
Guernsey
Kaimaninseln
Pitcairn, Henderson, Ducie und Oeno
St. Helena und Nebengebiete
Turks- und Caicosinseln

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. Juli 1997 (BGBl. II S. 1605) und vom 20. März 1998 (BGBl. II S. 878).

Bonn, den 3. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1992 zur Änderung
des Internationalen Übereinkommens von 1971
über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 3. Dezember 1998

I.

Das Protokoll vom 27. November 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1994 II S. 1150) wird nach seinem Artikel 30 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Algerien	am	11. Juni 1999
Barbados	am	7. Juli 1999
Belgien	am	6. Oktober 1999
Kanada	am	29. Mai 1999

nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„By virtue of Article 14 of the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1992, the Government of Canada assumes responsibility for the payment of the obligations contained in Article 10, paragraph 1.“

„Aufgrund des Artikels 14 des Internationalen Übereinkommens von 1992 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden verpflichtet sich die Regierung von Kanada zur Zahlung der in Artikel 10 Absatz 1 genannten Verpflichtungen.“

Lettland	am	6. April 1999
Neuseeland	am	25. Juni 1999

nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„And declares that this accession shall not extend to Tokelau unless and until a declaration to this effect is lodged by the Government of New Zealand with the Depositary.“

„Und erklärt, daß sich dieser Beitritt nicht auf Tokelau erstreckt, sofern und solange die Regierung von Neuseeland nicht eine diesbezügliche Erklärung beim Verwahrer einreicht.“

Venezuela	am	22. Juli 1999
-----------	----	---------------

II.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation am 15. Mai 1998 die Erstreckung des Protokolls von 1992 auf folgende Gebiete notifiziert:

Gibraltar
Kaimaninseln
St. Helena und Nebengebiete

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Februar 1998 (BGBl. II S. 323).

Bonn, den 3. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1976
zum Internationalen Übereinkommen von 1971
über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 3. Dezember 1998

Das Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1980 II S. 721, 729) ist von dem Vereinigten Königreich mit Wirkung vom 15. Mai 1998 für folgende Gebiete gekündigt worden:

Akrotiri und Dhekelia
Anguilla
Bermuda
Britische Jungferninseln
Britisches Territorium im Indischen Ozean
Gibraltar
Guernsey
Kaimaninseln
Pitcairn, Henderson, Ducie und Oeno
St. Helena und Nebengebiete
Turks- und Caicosinseln

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 19. Oktober 1995 (BGBl. II S. 985) und vom 29. Juli 1997 (BGBl. II S. 1547).

Bonn, den 3. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)**

Vom 3. Dezember 1998

Das Protokoll vom 1. Dezember 1981 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT) – BGBl. 1984 II S. 596 – ist nach seinem Artikel 21 Abs. 1 für

Island am 25. November 1998
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Dezember 1997 (BGBl. 1998 II S. 64).

Bonn, den 3. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-rumänischen Investitionsförderungsvertrags
und über das Außerkrafttreten der Vorgängerübereinkunft**

Vom 4. Dezember 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. April 1998 zu dem Vertrag vom 25. Juni 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1998 II S. 645) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tage

am 12. Dezember 1998

in Kraft treten.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bukarest am 12. November 1998 ausgetauscht worden.

Gemäß Artikel 13 Abs. 4 dieses Vertrags tritt am gleichen Tag der Vertrag vom 12. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1980 II S. 1157) außer Kraft, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 9 der erstgenannten Übereinkunft.

Bonn, den 4. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen**

Vom 7. Dezember 1998

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) ist nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für die

Libysch-Arabische Dschamahirija am 4. Oktober 1998 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Juni 1998 (BGBl. II S. 1635).

Bonn, den 7. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den Beförderungsvertrag
im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)**

Vom 7. Dezember 1998

Das Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) – BGBl. 1961 II S. 1119 – wird nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für

Iran, Islamische Republik am 16. Dezember 1998
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Juni 1998 (BGBl. II S. 1631).

Bonn, den 7. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Rahmenübereinkommens
der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

Vom 7. Dezember 1998

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) ist nach seinem Artikel 23 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Ruanda am 16. November 1998

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Oktober 1998 (BGBl. II S. 2950).

Bonn, den 7. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags
über die internationale Anerkennung der Hinterlegung
von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren**

Vom 7. Dezember 1998

Der Budapester Vertrag vom 28. April 1977 über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren, geändert am 26. September 1980 (BGBl. 1980 II S. 1104; 1984 II S. 679), wird nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für

Monaco am 23. Januar 1999
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Oktober 1998 (BGBl. II S. 2934).

Bonn, den 7. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums**

Vom 9. Dezember 1998

Die Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 391; 1984 II S. 799) ist nach ihrem Artikel 21 Abs. 3 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Indien am 7. Dezember 1998

Indien hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde eine Erklärung nach Artikel 28 Abs. 2 der Übereinkunft abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Oktober 1998 (BGBl. II S. 2931).

Bonn, den 9. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
zu dem Internationalen Pakt
über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 9. Dezember 1998

I.

Die Schweiz hat ihre Erklärung nach Artikel 41 des Paktes vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) aus dem Jahr 1992 nach Maßgabe der folgenden, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 25. April 1997 notifizierten Erklärung erneuert:

(Übersetzung)

«... Le [Gouvernement] suisse reconnaît, conformément à l'article 41, paragraphe 1, du Pacte international du 16 décembre 1966 relatif aux droits civils et politiques, pour une nouvelle durée de cinq ans à partir du 18 septembre 1997, la compétence du Comité des droits de l'homme pour recevoir et examiner des communications dans lesquelles un Etat partie prétend qu'un autre Etat partie ne s'acquitte pas de ses obligations au titre dudit Pacte.»

„... Die schweizerische [Regierung] erkennt nach Artikel 41 Absatz 1 des Internationalen Paktes vom 16. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte ab dem 18. September 1997 für weitere fünf Jahre die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen an, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus diesem Pakt nicht nach.“

II.

Spanien hat seine Erklärung nach Artikel 41 des Paktes aus dem Jahr 1988 nach Maßgabe der folgenden, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 30. Januar 1998 notifizierten Erklärung erneuert:

(Übersetzung)

“(Translation) (Original: Spanish)

The Government of Spain declares that, under the provisions of article 41 of the International Covenant on Civil and Political Rights, it recognizes the competence of the Human Rights Committee to receive and consider communications to the effect that a State Party claims that another State Party is not fulfilling its obligations under the Covenant.”

„(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Die Regierung Spaniens erklärt, daß sie nach Artikel 41 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen anerkennt, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus dem Pakt nicht nach.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 22. Mai 1989 (BGBl. II S. 512), vom 2. September 1993 (BGBl. II S. 1998) und vom 2. Dezember 1997 (BGBl. 1998 II S. 58).

Bonn, den 9. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-polnischen Abkommens
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**

Vom 9. Dezember 1998

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 7. Juli 1998 zu dem Abkommen vom 10. April 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen (BGBl. 1998 II S. 1178) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2

am 1. März 1999

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 2. Dezember 1998 ausgetauscht worden.

Bonn, den 9. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens
betreffend Auskünfte über ausländisches Recht**

Vom 11. Dezember 1998

Belgien hat dem Generalsekretär des Europarats am 11. September 1998 mit folgender Erklärung die Änderung seiner Empfangs- und Übermittlungsstelle zu dem Europäischen Übereinkommen vom 7. Juni 1968 betreffend Auskünfte über ausländisches Recht (BGBl. 1974 II S. 937) notifiziert:

«La Représentation Permanente de la Belgique déclare, en ce qui concerne la Convention européenne dans le domaine de l'information sur le droit étranger – Organes de liaison –, que la dénomination et l'adresse pour la Belgique sont, depuis le 1^{er} septembre 1998:

1) Organe de réception

Ministère de la Justice
Administration de la Législation
Boulevard de Waterloo, 115
B-1000 Bruxelles

Ministerie van Justitie
Bestuur de Wetgeving
Waterloolaan, 115
B-1000 Brussel

2) Organe de transmission

Ministère des Affaires Étrangères,
du Commerce Extérieur et de la
Coopération au Développement
Bibliothèque Juridique
Rue des petits Carmes, 15
B-1000 Bruxelles

Ministerie van Buitenlandse Zaken,
Buitenlandse Handel en
Ontwikkelingssamenwerking
Juridische Bibliotheek
Karmelietenstraat, 15
B-1000 Brussel».

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,60 DM (2,80 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

(Übersetzung)

„Die Ständige Vertretung Belgiens erklärt in bezug auf das Europäische Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht – Verbindungsstellen –, daß für Belgien seit dem 1. September 1998 folgende Bezeichnungen und Anschriften gelten:

1) Empfangsstelle:

Ministère de la Justice Administration de la Législation Boulevard de Waterloo, 115 B-1000 Bruxelles	Ministerie van Justitie Bestuur de Wetgeving Waterloolaan, 115 B-1000 Brussel	(Ministerium der Justiz Verwaltung für Gesetzgebung)
---	--	--

2) Übermittlungsstelle:

Ministère des Affaires Étrangères, du Commerce Extérieur et de la Coopération au Développement Bibliothèque Juridique Rue des petits Carmes, 15 B-1000 Bruxelles	Ministerie van Buiten- landse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamen- werking Juridische Bibliotheek Karmelietenstraat, 15 B-1000 Brussel	(Ministerium für aus- wärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammen- arbeit Juristische Bibliothek)“.
---	--	--

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Oktober 1998 (BGBl. II S. 2945).

Bonn, den 11. Dezember 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger